

Akteneinsicht im MWE

(Brandenburger Wirtschaftsministerium)

Karsten Smid

26.01.2017

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Akteneinsicht

Mit dem Verkauf von Vattenfalls Braunkohlesparte im Herbst 2016 wechselten mehr als nur Kraftwerke und Tagebaue den Besitzer. Der neue tschechische Eigner EPH hat auch die milliardenschwere Verantwortung übernommen, die Lausitzer Kohlegruben in den kommenden Jahren zu renaturieren. Wird die EPH-Tochter LEAG dieser Verpflichtung samt all ihrer Kosten künftig nachkommen können? Hat die Landesregierung alles nötige und mögliche getan hat, um sicherzustellen, dass die LEAG die hohen Folgekosten im Fall einer Insolvenz nicht auf die Steuerzahler abwälzt?

Drei Aktenordner mit Gesprächsunterlagen, deren Existenz vom Brandenburger Wirtschaftsministerium (MWE) zunächst geleugnet wurde.



Drei Aktenordner mit brisanten Dokumenten

Auf der Suche nach Antworten hat Greenpeace beim Wirtschaftsministerium Brandenburgs Akteneinsicht eingefordert. Die Umweltschutzorganisation konnte so umfangreiche und aufschlussreiche Gesprächsunterlagen sichten, deren Existenz das Ministerium zunächst geleugnet hatte.

Gesprächsunterlagen MWE, Referat 33

In chronologischer Folge mit Schwerpunkt auf
Rückstellungen

Band 1: Gespräche mit Interessenten (Bietern)

Band 2: Gespräche mit Beratungsunternehmen

Band 3: Gespräche mit Vattenfall

GREENPEACE



MWE Referat 33

Band 1: Gespräche mit Interessenten (Bietern)

Band 2: Gespräche mit Beratungsunternehmen

Band 3: Gespräche mit Vattenfall

Fragen

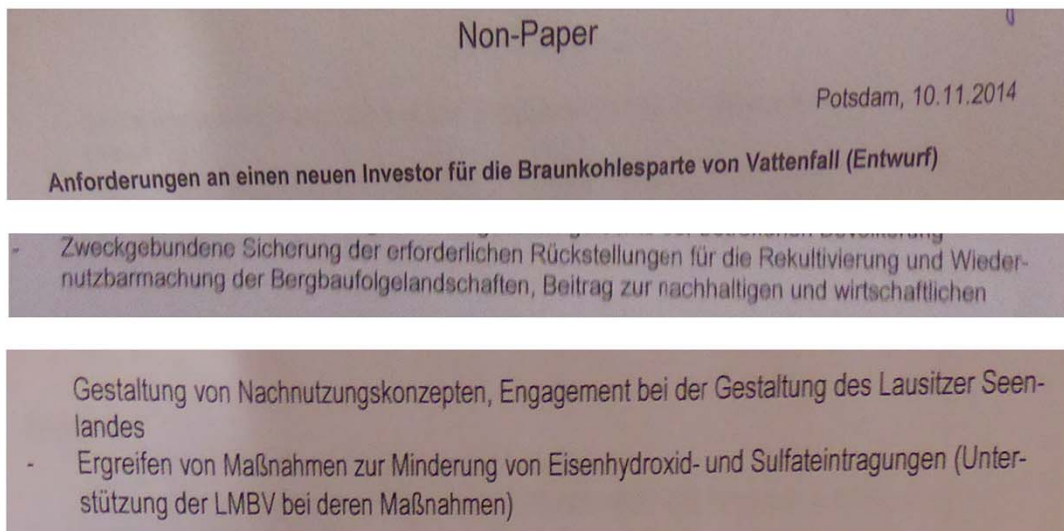
- (1) War dem Brandenburger Wirtschaftsministerium (MWE) die Problematik über Sicherheitsleistungen für zukünftige Rekultivierungsaufgaben bewusst?
- (2) Welche Positionen hat das Brandenburger Wirtschaftsministerium (MWE) gegenüber dem Verkäufer Vattenfall bzw. dem Bieter EPH in Bezug auf Rückstellungen für zukünftige Rekultivierungsmaßnahmen eingenommen?

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Fragen

Non-Paper (10.11.2014)



GREENPEACE

www.greenpeace.de

Non-Paper

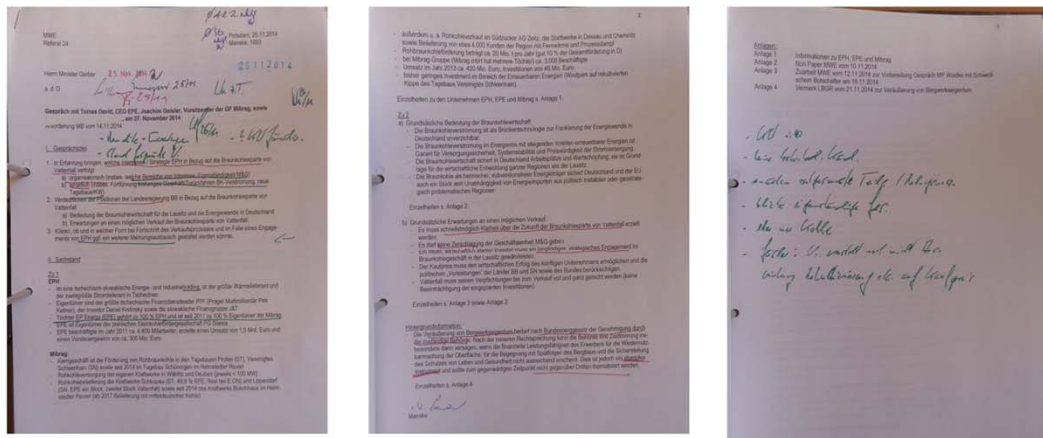
Potsdam, 10.11.2014

Titel: Anforderungen an einen neuen Investor für die Braunkohlesparte von Vattenfall (Entwurf)

Anforderungen an einen neuen Investor für die Braunkohlesparte von Vattenfall (Entwurf)

- Zweckgebundene Sicherung der erforderlichen Rückstellungen für die Rekultivierung und Wiedernutzbarmachung der Bergbaufolgelandschaften, Beitrag zur nachhaltigen und wirtschaftlichen Gestaltung von Nachnutzungskonzepten, Engagement bei der Gestaltung des Lausitzer Seenlandes
- Ergreifen von Maßnahmen zur Minderung von Eisenhydroxid- und Sulfateintragungen (Unterstützung der LMBV bei deren Maßnahmen)

Gespräch mit EPH, J.Geisler (Mibrag) & S.Mosdorf (CNC) (27.11.2014)



GREENPEACE

www.greenpeace.de

Die Drahtzieher

Der Braunkohlelobbyist und ex-Vorstandschef der MIBRAG, **Dr. Joachim Geisler** gilt als einer der maßgeblichen Personen, die den Braunkohledeal mit eingefädelt haben.

Siegmar Mosdorf (SPD) ist heute für die CNC- Medienagentur tätig. Von 1982 bis 1990 arbeitete er als hauptamtlicher Landesgeschäftsführer der SPD in Baden-Württemberg. Von 1998 bis 2002 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie.

Er ist Duzfreund mit Brandenburgs Wirtschaftsminister Albrecht Gerber (SPD). [208]

Hintergrundinformation:

- Die Veräußerung von Bergwerkseigentum bedarf nach Bundesberggesetz der Genehmigung durch die zuständige Behörde. Nach der neueren Rechtsprechung kann die Behörde ihre Zustimmung insbesondere dann versagen, wenn die finanzielle Leistungsfähigkeit des Erwerbers für die Wiedernutzbarmachung der Oberfläche, für die Begegnung mit Spätfolgen des Bergbaus und die Sicherstellung des Schutzes von Leben und Gesundheit nicht ausreichend erscheint. Dies ist jedoch ein stumpfes Instrument und sollte zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gegenüber Dritten thematisiert werden.

Einzelheiten s. Anlage 4.

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Hintergrundinformationen

Hintergrundinfo: Die Veräußerung von Bergwerkeigentum bedarf nach Bundesberggesetz der Genehmigung durch die zuständige Behörde. Nach der neueren Rechtsprechung kann die Behörde ihre Zustimmung insbesondere dann versagen, wenn die finanzielle Leistungsfähigkeit des Erwerbers für die Wiedernutzbarmachung der Oberfläche, für die Begegnung mit Spätfolgen des Bergbaus und die Sicherstellung des Schutzes von Leben und Gesundheit nicht ausreichend erscheint. Dies ist jedoch ein stumpfes Instrument und sollte zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gegenüber Dritten thematisiert werden

Einzelheiten s. Anlage 4.

- Geisler: V. versteht noch nicht Auswirkung Rekultivierung etc. auf Kaufpreis

GREENPEACE

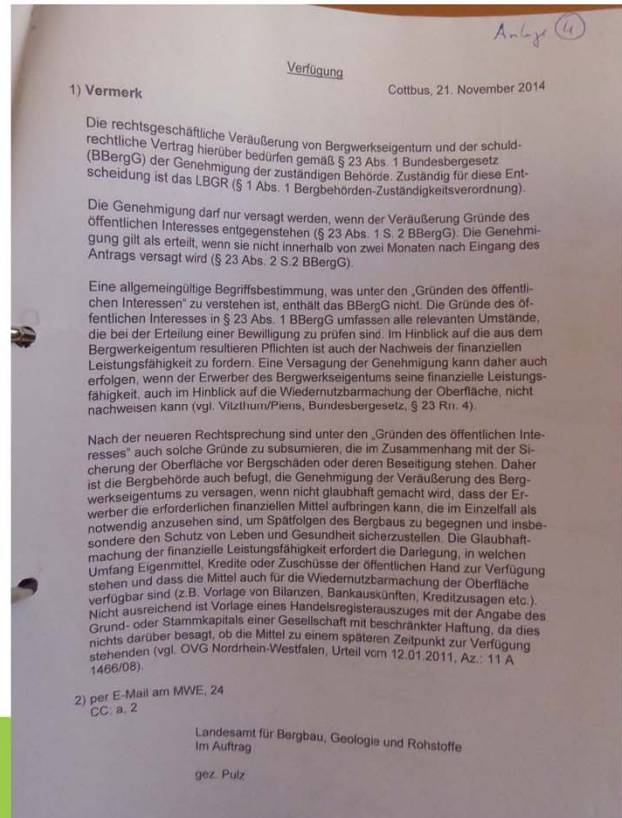
www.greenpeace.de

Handschriftliche Notiz

- Geisler: Vattenfall versteht noch nicht Auswirkung Rekultivierung etc. auf Kaufpreis

Verfügung (21.11.2014)

GREENPEACE



Verfügung

Verfügung

Cottbus, 21. November 2014

1) Vermerk

....

2) per E-Mail am MWE, 24

CC: a, 2

Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe

Im Auftrag

Gez. Pulz

Die rechtsgeschäftliche Veräußerung von Bergwerkseigentum und der schuldrechtliche Vertrag hierüber bedürfen gemäß § 23 Abs. 1 Bundesberggesetz (BBergG) der Genehmigung der zuständigen Behörde. Zuständig für diese Entscheidung ist das LBGR (§ 1 Abs. 1 Bergbehörden-Zuständigkeitsverordnung).

... werden die ... notwendig anzusehen sind, um Spätfolgen des Bergbaus zu begegnen und insbesondere den Schutz von Leben und Gesundheit sicherzustellen. Die Glaubhaftmachung der finanziellen Leistungsfähigkeit erfordert die Darlegung, in welchen Umfang Eigenmittel, Kredite oder Zuschüsse der öffentlichen Hand zur Verfügung stehen und dass die Mittel auch für die Wiedernutzbarmachung der Oberfläche verfügbar sind (z.B. Vorlage von Bilanzen, Bankauskünften, Kreditzusagen etc.). Nicht ausreichend ist Vorlage eines Handelsregistrauszuges mit der Angabe des Grund- oder Stammkapitals einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, da dies nichts darüber besagt, ob die Mittel zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung stehenden (vgl. OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 12.01.2011, Az.: 11 A 1466/08).

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Verfügung des Landesbergamt

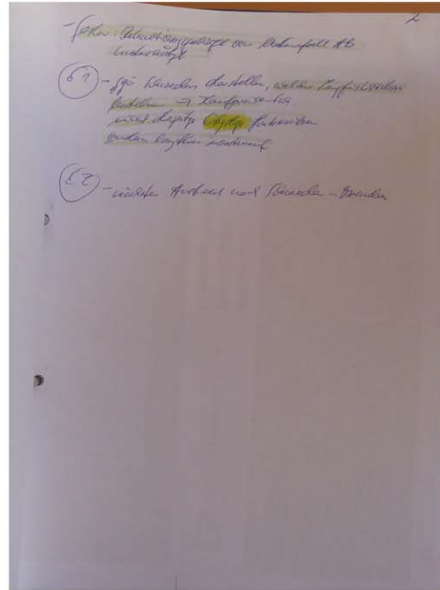
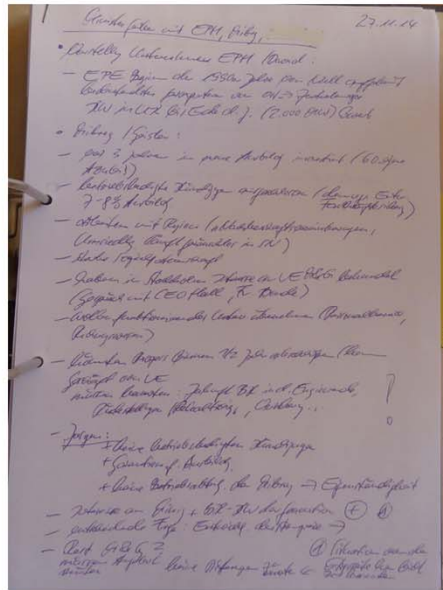
Die rechtsgeschäftliche Veräußerung von Bergwerkseigentum und der schuldrechtliche Vertrag hierüber bedürfen gemäß § 23 Abs 1 Bundesberggesetz (BbergG) der Genehmigung der zuständigen Behörde. Zuständig für diese Entscheidung ist das LBGR (§ 1 Abs. 1 Bergbehörden-Zuständigkeitsverordnung)

...

Im Hinblick auf die aus dem Bergwerkeigentum resultieren Pflichten ist auch der Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit zu fordern. ...

Die Glaubhaftmachung der finanziellen Leistungsfähigkeit erfordert die Darlegung, in welchen Umfang Eigenmittel, Kredite oder Zuschüsse der öffentlichen Hand zur Verfügung stehen und dass die Mittel auch für die Wiedernutzbarmachung der Oberfläche verfügbar sind (z.B. Vorlage von Bilanzen, Bankauskünften, Kreditzusagen etc.). Nicht ausreichend ist Vorlage eines Handelsregistrauszuges mit der Angabe des Grund- oder Stammkapitals einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, da dies nichts darüber besagt, ob die Mittel zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung stehenden. (vgl. OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 12.01.2011, Az.: 11 A 1466/08)

Notizen zum Gespräch (27.11.2014)



GREENPEACE

www.greenpeace.de

Notizen zum Gespräch

- Geisler: Rekultivierungsgeschäft von Vattenfall AB unterschätzt

(E1) - gegen Schweden darstellen, welche Langfristrisiken bestehen → Kaufpreissensch.
nicht derzeitige Erfolge festschreiben, sondern langfristiges Investment

GREENPEACE

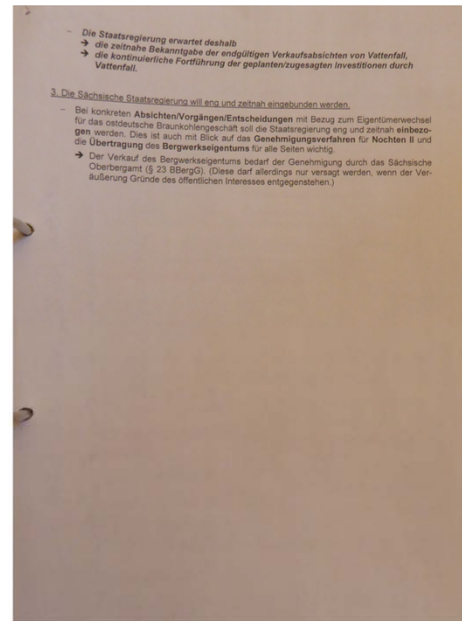
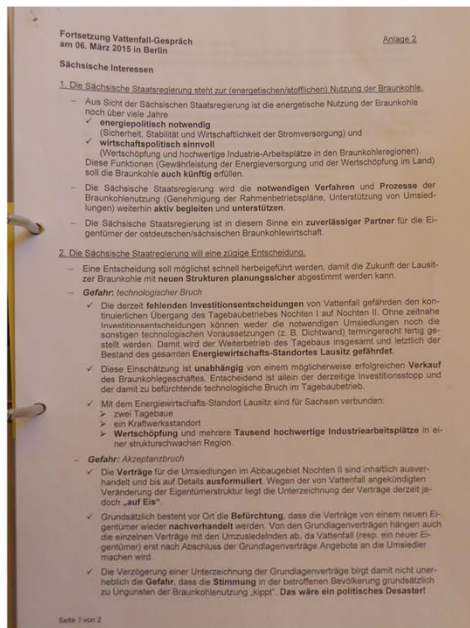
www.greenpeace.de

Notizen

- Geisler: Rekultivierungsgeschäft von Vattenfall AB unterschätzt

E1 – gegenüber Schweden darstellen, welche Langfristrisiken bestehen → Kaufpreissensch.
nicht derzeitige Erfolge festschreiben, sondern langfristiges Investment

Zweites Treffen BB & SN mit Vattenfall (06.03.2015)



GREENPEACE

www.greenpeace.de

Zweites Treffen BB & SN mit Vattenfall

Sächsische Interessenten

gen werden. Dies ist auch mit Blick auf das **Genehmigungsverfahren** für **Nochten II** und die **Übertragung des Bergwerkseigentums** für alle Seiten wichtig.

→ Der Verkauf des Bergwerkseigentums bedarf der Genehmigung durch das Sächsische Oberbergamt (§ 23 BBergG). (Diese darf allerdings nur versagt werden, wenn der Veräußerung Gründe des öffentlichen Interesses entgegenstehen.)

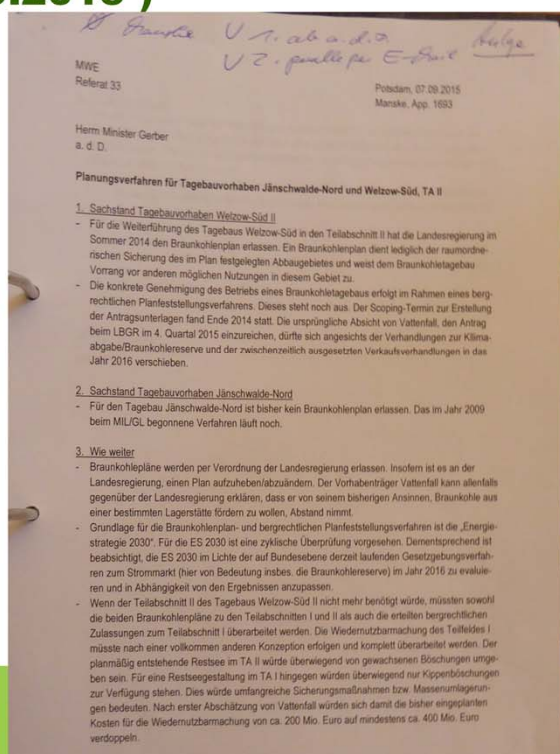
GREENPEACE

www.greenpeace.de

Sächsische Interessen

→ der Verkauf des Bergwerkeigentums bedarf der Genehmigung durch das Sächsische Oberbergamt (§ 23 BBergG). (Diese darf allerdings nur versagt werden, wenn der Veräußerung Gründe des öffentlichen Interesses entgegenstehen.)

Fünftes Treffen zw. BB, SN & Vattenfall (14.9.2015)



GREENPEACE

Fünftes Treffen zw. BB, SN & Vattenfall

Anlage

- Wenn der Teilabschnitt II des Tagebaus Welzow-Süd II nicht mehr benötigt würde, müssten sowohl die beiden Braunkohlenpläne zu den Teilabschnitten I und II als auch die erteilten bergrechtlichen Zulassungen zum Teilabschnitt I überarbeitet werden. Die Wiedernutzbarmachung des Teilfeldes I müsste nach einer vollkommen anderen Konzeption erfolgen und komplett überarbeitet werden. Der planmäßig entstehende Restsee im TA II würde überwiegend von gewachsenen Böschungen umgeben sein. Für eine Restseegestaltung im TA I hingegen würden überwiegend nur Kippenböschungen zur Verfügung stehen. Dies würde umfangreiche Sicherungsmaßnahmen bzw. Massenumlagerungen bedeuten. Nach erster Abschätzung von Vattenfall würden sich damit die bisher eingeplanten Kosten für die Wiedernutzbarmachung von ca. 200 Mio. Euro auf mindestens ca. 400 Mio. Euro verdoppeln.

GREENPEACE

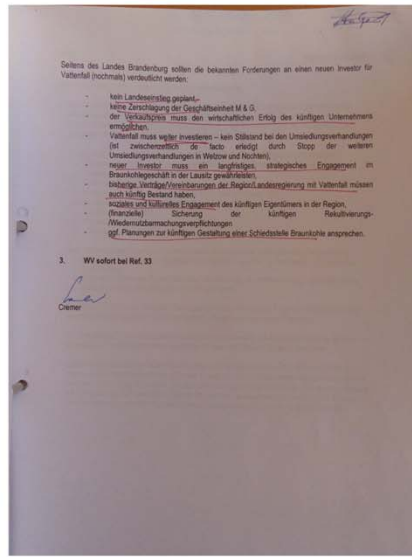
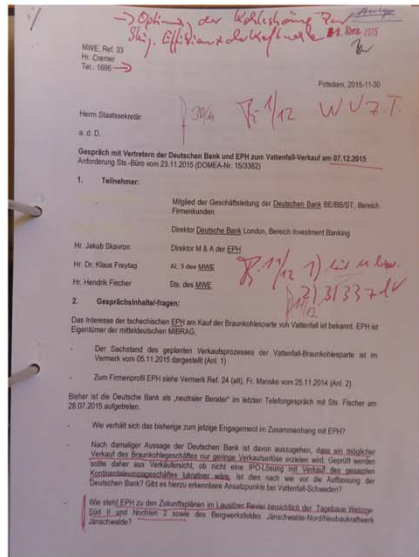
www.greenpeace.de

Anlage

3. Wie weiter

Wenn der Teilabschnitt II des Tagebaus Welzow-Süd II nicht mehr benötigt würde, müssten sowohl die beiden Braunkohlenpläne zu den Teilabschnitten I und II als auch die erteilten bergrechtlichen Zulassungen zum Teilabschnitt I überarbeitet werden. Die Wiedernutzbarmachung des Teilfeldes I müsste nach einer vollkommen anderen Konzeption erfolgen und komplett überarbeitet werden. Der planmäßig entstehende Restsee im TA II würde überwiegend von gewachsenen Böschungen umgeben sein. Für die Restseegestaltung im TA I hingegen würden überwiegend nur Kippböschungen zur Verfügung stehen. Dies würde umfangreiche Sicherungsmaßnahmen bzw. Massenumlagerungen bedeuten. Nach erster Abschätzung von Vattenfall würden sich damit die bisher eingeplanten Kosten für die Wiedernutzbarmachung von ca. 200 Mio. Euro auf mindestens 400 Mio. Euro verdoppeln.

Gespräch mit EPH zum Vattenfall-Verkauf (7.12.2015)



Gespräch mit EPH zum Vattenfall- Verkauf

Seitens des Landes Brandenburg sollten die bekannten Forderungen an einen neuen Investor für Vattenfall (nochmals) verdeutlicht werden:

- kein Landeseinstieg geplant,
- keine Zerschlagung der Geschäftseinheit M & G,
- der Verkaufspreis muss den wirtschaftlichen Erfolg des künftigen Unternehmens ermöglichen,
- Vattenfall muss weiter investieren – kein Stillstand bei den Umsiedlungsverhandlungen (ist zwischenzeitlich de facto erledigt durch Stopp der weiteren Umsiedlungsverhandlungen in Welzow und Nochten),
- neuer Investor muss ein langfristiges, strategisches Engagement im Braunkohlegeschäft in der Lausitz gewährleisten,
- bisherige Verträge/Vereinbarungen der Region/Landesregierung mit Vattenfall müssen auch künftig Bestand haben,
- soziales und kulturelles Engagement des künftigen Eigentümers in der Region,
- (finanzielle) Sicherung der künftigen Rekultivierungs-/Wiedernutzbarmachungsverpflichtungen
- ggf. Planungen zur künftigen Gestaltung einer Schiedsstelle Braunkohle ansprechen.

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Gespräch mit EPH zum Vattenfall- Verkauf

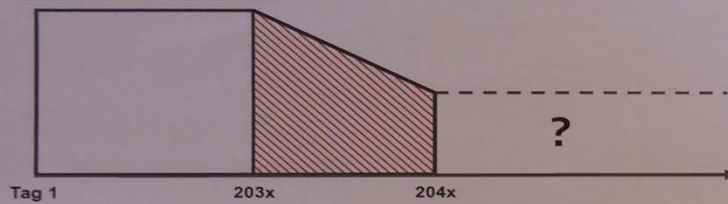
Seitens des Landes Brandenburg sollten die bekannten Forderungen an einen neuen Investor für Vattenfall (nochmals) verdeutlicht werden:

- kein Landeseinstieg geplant,
 - keine Zerschlagung der Geschäftseinheit M & G,
 - der Verkaufspreis muss den wirtschaftlichen Erfolg des künftigen Unternehmens ermöglichen,
 - Vattenfall muss weiter investieren – kein Stillstand bei den Umsiedlungsverhandlungen (ist zwischenzeitlich de facto erledigt durch Stopp der weiteren Umsiedlungsverhandlungen in Welzow und Nochten),
 - neuer Investor muss ein langfristiges, strategisches Engagement im Braunkohlegeschäft in der Lausitz gewährleisten,
- bisherige Verträge/ Vereinbarungen der Region/Landesregierung mit Vattenfall müssen auch künftig Bestand haben,
- soziales und kulturelles Engagement des künftigen Eigentümers in der Region,
 - (finanzielle) Sicherung der künftigen Rekultivierungs-/Wiedernutzbarmachungsverpflichtungen
 - ggf. Planungen zur künftigen Gestaltung einer Schiedsstelle Braunkohle ansprechen.

Als verlässlicher Partner wird EPH mit Ihnen in einen offenen Dialog für einen nachhaltigen Plan für die Braunkohle eintreten

- Überblick zu den nächsten Schritten nach Abschluss der Transaktion -

Potentieller Braunkohleausstieg:



Beginn eines strategischen Dialogs mit den Landesregierungen in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt)

Zwei Säulen einer Strategie von den Bundesländern und dem Konsortium

Festlegung eines klaren Maßnahmenplans für Braunkohle in Kooperation mit der Bundesregierung und der IG BCE

Festlegung eines zukunftsfesten Maßnahmenplans für die Entwicklung der Regionen in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt

Entwicklung neuer Perspektiven für Beschäftigung in der Region

Unterstützung des sozialen Zusammenhalts in der Region

EP
ENERGIEPARTNER & PROJEKTBETEILIGTE
PPF

GREENPEACE

www.greenpeace.de

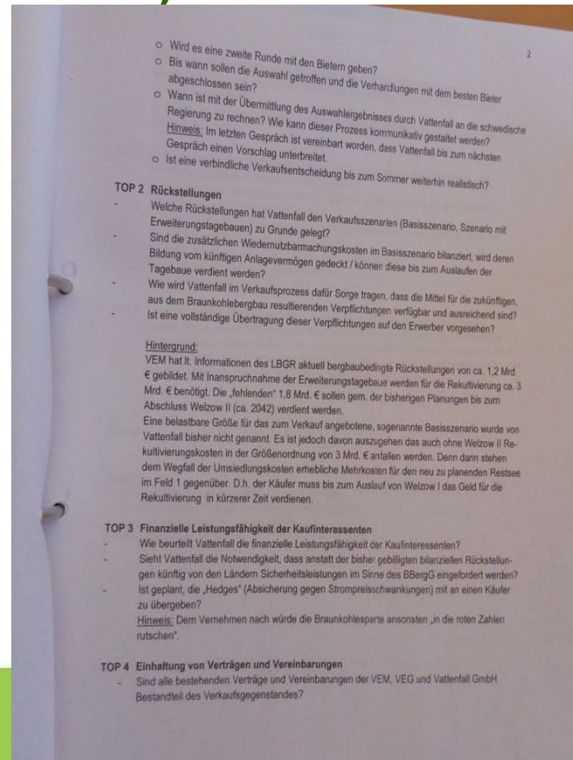
**CNC- Workshop:
Braunkohle in der Lausitz
EPH Firmenpräsentation
10. Februar 2016**

CNC- Workshop

Firmenpräsentation: EPH will Braunkohleverstromung bis weit nach 2040 weiterbetreiben.

Siebttes Treffen zw. BB, SN & Vattenfall (17.02.2016)

GREENPEACE



Siebttes Treffen zw. BB, SN und Vattenfall

TOP 2 Rückstellungen

- Welche Rückstellungen hat Vattenfall den Verkaufsszenarien (Basisszenario, Szenario mit Erweiterungstagebauen) zu Grunde gelegt?
- Sind die zusätzlichen Wiedernutzbarmachungskosten im Basisszenario bilanziert, wird deren Bildung vom künftigen Anlagevermögen gedeckt / können diese bis zum Auslaufen der Tagebaue verdient werden?
- Wie wird Vattenfall im Verkaufsprozess dafür Sorge tragen, dass die Mittel für die zukünftigen, aus dem Braunkohlebergbau resultierenden Verpflichtungen verfügbar und ausreichend sind?
- Ist eine vollständige Übertragung dieser Verpflichtungen auf den Erwerber vorgesehen?

GREENPEACE

www.greenpeace.de

TOP 2 Rückstellungen

- Welche Rückstellungen hat Vattenfall den Verkaufsszenarien (Basisszenario, Szenario mit Erweiterungstagebauen) zu Grunde gelegt?
- Sind zusätzliche Wiedernutzbarmachungskosten im Basisszenario bilanziert, wird deren Bildung vom künftigen Anlagevermögen gedeckt / können diese bis zum Auslaufen der Tagebaue verdient werden?
- Wie wird Vattenfall im Verkaufsprozess dafür Sorge tragen, dass die Mittel für die zukünftigen aus dem Braunkohletagebau resultierenden Verpflichtungen verfügbar und ausreichend sind ?
- Ist eine vollständige Übertragung dieser Verpflichtungen auf den Erwerber vorgesehen?

Hintergrund:

VEM hat lt. Informationen des LBGR aktuell bergbaubedingte Rückstellungen von ca. 1,2 Mrd. € gebildet. Mit Inanspruchnahme der Erweiterungstagebaue werden für die Rekultivierung ca. 3 Mrd. € benötigt. Die „fehlenden“ 1,8 Mrd. € sollen gem. der bisherigen Planungen bis zum Abschluss Welzow II (ca. 2042) verdient werden.

Eine belastbare Größe für das zum Verkauf angebotene, sogenannte Basisszenario wurde von Vattenfall bisher nicht genannt. Es ist jedoch davon auszugehen das auch ohne Welzow II Rekultivierungskosten in der Größenordnung von 3 Mrd. € anfallen werden. Denn dann stehen dem Wegfall der Umsiedlungskosten erhebliche Mehrkosten für den neu zu planenden Restsee im Feld 1 gegenüber. D.h. der Käufer muss bis zum Auslauf von Welzow I das Geld für die Rekultivierung in kürzerer Zeit verdienen.

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Hintergrund:

VEM hat lt. Informationen des LBGR aktuell bergbaubedingte Rückstellungen von ca. 1,2 Mrd. € gebildet. Mit Inanspruchnahme der Erweiterungstagebaue werden für die Rekultivierung ca. 3 Mrd. € benötigt. Die „fehlenden“ 1,8 Mrd. € sollen gem. der bisherigen Planungen bis zum Abschluss Welzow II (ca. 2042) verdient werden.

Eine belastbare Größe für das zum Verkauf angebotene, sogenannte Basisszenario wurde von Vattenfall bisher nicht genannt. Es ist jedoch davon auszugehen das auch ohne Welzow II Rekultivierungskosten in der Größenordnung von 3 Mrd. € anfallen werden. Denn dann stehen dem Wegfall der Umsiedlungskosten erhebliche Mehrkosten für den neu zu planenden Restsee im Feld 1 gegenüber. D.h. der Käufer muss bis zum Auslauf von Welzow I das Geld für die Rekultivierung in kürzerer Zeit verdienen.

TOP 3 Finanzielle Leistungsfähigkeit der Kaufinteressenten

- Wie beurteilt Vattenfall die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kaufinteressenten?
- Sieht Vattenfall die Notwendigkeit, dass anstatt der bisher gebilligten bilanziellen Rückstellungen künftig von den Ländern Sicherheitsleistungen im Sinne des BBergG eingefordert werden?
- Ist geplant, die „Hedges“ (Absicherung gegen Strompreisschwankungen) mit an einen Käufer zu übergeben?

Hinweis: Dem Vernehmen nach würde die Braunkohlesparte ansonsten „in die roten Zahlen rutschen“.

GREENPEACE

www.greenpeace.de

TOP 3 Finanzielle Leistungsfähigkeit der Kaufinteressenten

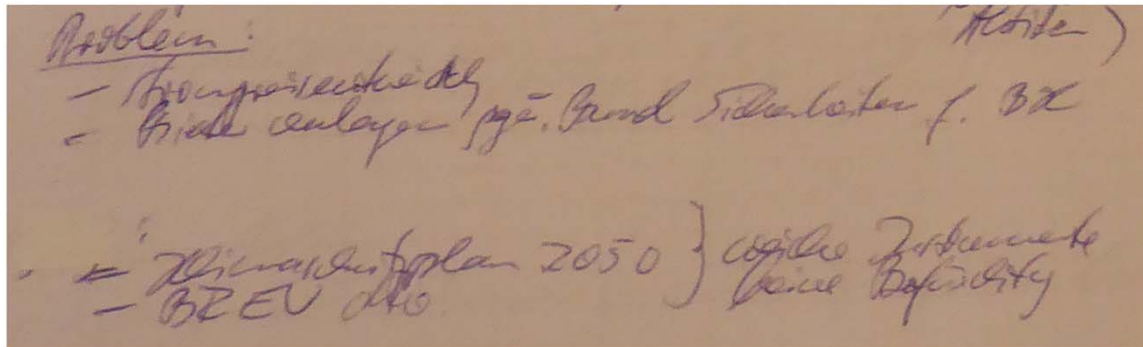
- Wie beurteilt Vattenfall die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kaufinteressenten?
- Sieht Vattenfall die Notwendigkeit, dass anstatt der bisher gebilligten bilanziellen Rückstellungen künftig von den Ländern Sicherheitsleistungen im Sinne des BBergG eingefordert werden?
- Ist geplant, die „Hedges“ (Absicherung gegen Strompreisschwankungen) mit an den Käufer zu übergeben?

Hinweis: dem Vernehmen nach würde die Braunkohlesparte ansonsten „in die roten Zahlen rutschen“.

Gesprächsnotizen (17.02.2016)

GREENPEACE

Gesprächsnotizen



GREENPEACE

www.greenpeace.de

Handschriftliche Notizen

Problem:

- Strompreisentwicklung
- Bieter verlangen ggü. Bund Sicherheitsleistung f. BR (Braunkohlereserve?)
- Klimaschutzplan 2050
- BREV

weiche Instrumente, keine Befürchtung

Im Gespräch sollten die Interessen und Erwartungen der Landesregierung an EPH verdeutlicht werden, insbesondere:

- zügige Abwicklung der Transaktion sowie baldige Entscheidung zu den Planungen Tagbau im Jägerschwalde-Nord sowie 2. Teilschritt Tagbau Weizenau-Süd, damit schnellmögliches Baufeld über die Zukunft der Braunkohlewirtschaft in der Lausitz und für die Menschen in der Region erzielt wird
- langfristig wirtschaftlich tragfähiges Unternehmenskonzept für die Lausitz, mit welchem auch die Erfüllung der finanziellen Verpflichtungen zur Wiederaufschüttung der Tagebaufolien sichergestellt wird
- Veranlassung des Unternehmens für den Strukturwandel der Region, was neben der Fortführung des gesellschaftlichen Engagements, der Verträge und Investitionen von Veraltec aus der Lausitz-BB wurde EPH durch St. Fischer überreicht.

Es sollte angeregt werden, frühzeitig auf die Partner in der Region zuzugehen, was auch um von vornherein Befürchtungen zu nehmen, wie z. B. dass EPH die in der Lausitz abgebaute Braunkohle in tschechische Kohlewerke liefern könnte. Eine Liste der Stakeholder aus der Lausitz-BB wurde EPH durch St. Fischer überreicht.

Die Bereitschaft, sich gemeinsam mit EPH gegenüber der Bundesregierung für stabile, auskömmliche Rahmenbedingungen für die Braunkohle in der Energiewende einzusetzen, sollte erneut werden (vgl. Gespräch MW mit EPH).

Die Wunsch, über das Unternehmen EPH zu ggf. Zeit auch gemeinsame Projekte und politische Aktivitäten auf EU-Ebene zwischen der Tschechischen Republik und Brandenburg zu entwickeln, sollte angesprochen werden.

Weitere Themen bzw. Fragestellungen haben sich ggf. aus dem Gespräch MP Wieda und Minister Gerber mit Veraltec CEO Margraf hat am 11. Mai 2016 ergeben, wobei der MPW-Fachabteilung keine Informationen vorliegen.

Handwritten notes:

- gründliche Tausch Bericht (wird ggf. korrigiert)*
- starker Rückgang für Refin*
- st. Fischer, Vorstand von B. W. 11*
- CB*
- bei B. W. 11 - Vertrag*
- m. st. Fischer, Vorstand von B. W. 11*
- st. Fischer*
- st. Fischer, Vorstand von B. W. 11*
- langfristige Perspektive: möglichst in Lausitz*
- T. Fischer: mittlerweile, andere Maschinen in Lausitz*
- st. Fischer*
- EPH: mittlerweile, B. W. 11, st. Fischer, Vorstand von B. W. 11*

www.greenpeace.de

LP: Thema Rückstellungen / Klimawandel
sehr sorgfältig bearbeiten

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Gespräch 26.09.2016

3. „Sortieren“ der vordringlichen und zeitlich nachfolgenden Fragestellungen und Abstimmen, auf welchen Ebenen die Gespräche zwischen MWE und EPH/nG dazu fortgeführt werden:

a) Vordringlich:

- Langfristig wirtschaftlich tragfähiges Unternehmenskonzept für die Lausitz, mit welchem auch die Erfüllung der langfristigen Verpflichtungen zur Wiedernutzbarmachung der Tagebauflächen sichergestellt wird
- Wann sind Aussagen zu den Erweiterungstagebauen Welzow-Süd und Nochten sowie zum TB Jämschwalde-Nord geplant – Dazu wäre rechtzeitig vorher zwischen EPH, SN und BB abzustimmen, wie die Entscheidungen öffentlich kommuniziert werden sollen
- Möglichst frühzeitig Signale an Zulieferer und Dienstleister zur Fortsetzung der Geschäftsbeziehungen senden
- Aussagen zur Beschäftigungsentwicklung und zum regionalen Engagement, Kommunikation/Zusammenarbeit mit den regionalen Entscheidungsträgern und Interessenvertretern (Fortführung der Stakeholder-Netzwerke von Vattenfall) treffen

4. Information durch MWE über die beabsichtigte externe Begutachtung zum Thema „Bergbaubedingte Rückstellungen“ (Bezug: Verabredung MP Woidke und CdS Jaeckel)

Gespräch MWE/EPH/nG zum Thema „Bergbaubedingte Rückstellungen“ (Bezug: Verabredung MP Woidke und CdS Jaeckel)

4. Information durch MWE über die beabsichtigte externe Begutachtung zum Thema „Bergbaubedingte Rückstellungen“ (Bezug: Verabredung MP Woidke und CdS Jaeckel)

5. Vereinbarung eines Folgegesprächs im MWE für November 2016
Thema: Strategisches Unternehmenskonzept

III. Hintergrundinformationen

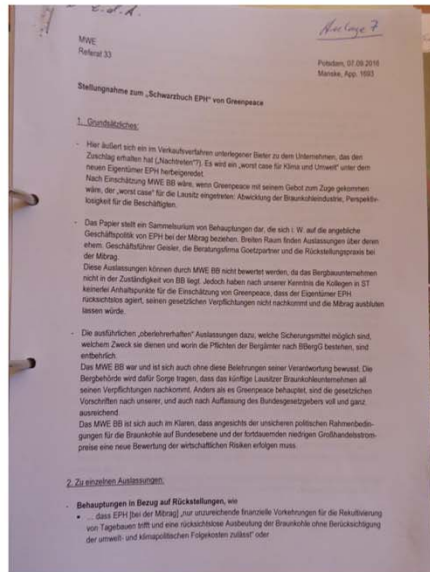
Vormerk über das Gespräch MWE/SMWA mit EPH/EPH am 20.04.2016 – Anlage 3
Schreiben Sts Fischer an EPH vom 17.05.2016 – Anlage 4
Vorbereitung Gespräch MP Woidke/Minister Gerber mit EPH/EPH am 24.05.2016 – Anlage 5
Schreiben Vattenfall an MWE vom 20.07.2016 – Anlage 6
Stellungnahme zum Schwarzbuch EPH vom 07.09.2016 – Anlage 7

Manske
Manske

Anlagen

GREENPEACE

MWE- Stellungnahme zum „Schwarzbuch EPH“ von Greenpeace (07.09.2016)



GREENPEACE

www.greenpeace.de

- Die ausführlichen „oberlehrerhaften“ Auslassungen dazu, welche Sicherungsmittel möglich sind, welchem Zweck sie dienen und worin die Pflichten der Bergämter nach BBergG bestehen, sind entbehrlich.

Das MWE BB war und ist sich auch ohne diese Belehrungen seiner Verantwortung bewusst. Die Bergbehörde wird dafür Sorge tragen, dass das künftige Lausitzer Braunkohleunternehmen all seinen Verpflichtungen nachkommt. Anders als es Greenpeace behauptet, sind die gesetzlichen Vorschriften nach unserer, und auch nach Auffassung des Bundesgesetzgebers voll und ganz ausreichend.

Das MWE BB ist sich auch im Klaren, dass angesichts der unsicheren politischen Rahmenbedingungen für die Braunkohle auf Bundesebene und der fortdauernden niedrigen Großhandelsstrompreise eine neue Bewertung der wirtschaftlichen Risiken erfolgen muss.

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Was folgt aus den Unterlagen

Diskrepanz zwischen:

- Wissen um Verpflichtungen für den neuen Investor
- Nichtstun um Rekultivierungskosten sicher zu stellen

Im Gegenteil:

- MWE hat EPH vermutlich geholfen, den Kaufpreis zu drücken

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Einschätzung von Greenpeace

„Wirtschaftsminister Albrecht Gerber hat alles getan, um EPH den Kauf zu versüßen und nichts getan um die Rückstellungen für Rekultivierung zu sichern.“

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Schlussfolgerungen & Forderungen

- Mindestens 3 Mrd. € müssen als Sicherheitsleistungen vom neuen Investor EPH verlangt werden
- Ein Szenario mit Braunkohleabbau bis 2042 wird der klimapolitischen Situation nicht gerecht

GREENPEACE

www.greenpeace.de

Vielen Dank!

Zugriff auf alle Unterlagen:

- Schwarzbücher EPH
- Schriftwechsel mit MWE
- Tabellen(Termine & Ablichtungen)
- ca. 300 Ablichtungen (1,4 Gbyte)

Mail an: karsten.smid@greenpeace.de

GREENPEACE

www.greenpeace.de